

Der alle fünf Jahre stattfindende Parteikongress der Kommunistischen Partei Chinas beginnt am heutigen Mittwoch in Peking. Zum Auftakt legt Staats- und Parteichef Xi Jinping in der Großen Halle des Volkes den sogenannten Politischen Bericht mit seiner Vision für die zweitgrößte Wirtschaftsnation vor.



»Willkommen zum 19. Parteitag. Vorwärts zu neuen Errungenschaften« – Losung an einer Pekinger Straße

Fotos: AFP/Greg Baker

Träume reichen bis ins Jahr 2049

»Sozialismus chinesischer Prägung« soll Lebensniveau der Armen spürbar anheben

Parteitage der KPCh bestimmen in der Volksrepublik traditionell sowohl die politische und wirtschaftliche Strategie des Staates als auch dessen Führungsriege. Hier sind Weichenstellungen zu erwarten.

Von Werner Birnstiel

Gern werden in China Ausdrücke hergenommen wie »die Lage ist ausgezeichnet« und »die Perspektive ist hell«, je nach persönlicher Gemütslage voller Überzeugung oder ironisch. Der 19. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) ab heute wird sicherlich kein Jubelfest, aber die Partei wird einen weiteren Aufstieg seit dem 18. Parteitag 2012 feststellen, der das Reich der Mitte im Inneren wie auch außenpolitisch weit voran gebracht hat. Die Weichenstellungen laufen alleits in Richtung der »zweimal Hundert«, zum 100. Geburtstag der Partei am 1. Juli 2021 und weiter zum 100. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik am 1. Oktober 2049.

Kern aller Dinge war, ist und bleibt die wirtschaftliche Entwicklung. Und deren politische Rahmensetzung definiert die KPCh. Die Sicht ist, dass die Wirtschaft nun in eine »neue Normalität« hineinwuchs, in der die sehr hohe Wachstumsdynamik vergangener Jahre in ein relativ hohes Wachstum seit 2013/14 umgewandelt wurde.

Das klingt recht trocken, beinhaltet aber im Alltagsleben gravierende Veränderungen für die meisten in der 1,4-Milliarden-Bevölkerung. Ziel ist es, die Innen- und Außenpolitik so zu verknüpfen, dass die soziale Teilhabe ständig zunimmt, ein »bescheidener

Wohlstand« bis 2020 erreicht wird und der Sozialismus chinesischer Prägung in seinem Anfangsstadium weiter Gestalt annimmt. Die Partei will mittels einer innovationsgetragenen Entwicklung den Umweltschutz verbessern sowie Reform- und Öffnungspolitik weiter umsetzen.

Das 2013 gestartete »Neue Seidenstraße«-Projekt soll die teilweise noch riesigen Unterschiede im Lebensniveau zwischen Stadt und Land, zwischen Küstenregionen und Binnenprovinzen in Richtung Zentralasien verringern. Dazu werden weitere große Regionen in Südwestchina wie Chengdu oder Chongqing durch die von der KPCh makroökonomisch vorgegebene und gelenkte Strukturentwicklung definiert.

Anzunehmen, dass sich diese Entwicklung konfliktfrei vollzieht, wäre naiv. So wird es auf dem 19. Parteitag der KPCh maßgeblich darum gehen,

wie der gesellschaftliche Reichtum schrittweise gerechter umzusetzen ist und der Aufbau und die Nutzung marktwirtschaftlicher Strukturen und Mechanismen dauerhaft so genutzt werden können, dass sich die Armut in China weiter verringert. 700 Millionen Menschen wurden seit 1980 aus absoluter Armut befreit. Bis 2020/21 sollen die heute noch 50 Millionen Armen bessergestellt und ihr Lebensniveau spürbar angehoben werden.

Die Partei hat dazu bisher eine ganze Reihe Maßnahmen umgesetzt: finanzielle Zuwendungen, den kostenfreien Zugang zu Bildung, den Auf- und Ausbau des mittlerweile weltgrößten Renten- und Krankenversicherungssystems, die gezielte Schaffung neuer Arbeitsplätze. Neu ist, dass unter KPCh-Generalsekretär und Staatspräsident Xi Jinping – »Wohnungen sind zum Leben da und nicht

zum Spekulieren« – die Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums in den rasch wachsenden Städten durch die Einführung einer Art Wohnungsbau-genossenschaft gefördert wird, politisch und finanziell gelenkt durch Partei und Regierung.

Kritisch wird immer wieder beleuchtet, in welchem Zustand sich die Kommunistische Partei mit ihren derzeit rund 89 Millionen Mitgliedern befindet. Xi will das auf dem 19. Parteitag detailliert analysieren. Unter ihm wurde im Kampf gegen Korruption strikt durchgegriffen. Über 1,3 Millionen Amtsträger wurden verhaftet und teilweise hart bestraft, egal ob »Fliegen« oder »Tiger«, also einfache Parteimitglieder oder hohe Funktionäre bis hin zu Politbüromitgliedern, Vizechefs der Armee, Provinzgouverneuren oder Wirtschaftsmanagern.

Der chinesische Kommunismus zeigt sich dabei sehr wandelbar, und die Partei verweist auch weiterhin auf Karl Marx. Die genannten Entwicklungsstrategien seien, so heißt es, der erfolgreiche Praxisbeweis, dass die Partei es vermocht habe, die Lehren Marx' weiterzuentwickeln. So hinterfragt die KPCh immer wieder, welche Rolle Unternehmergeist spielen kann, um in China eine koordinierte wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung zu meistern.

Der »Sozialismus chinesischer Prägung« wird auch auf diesem Parteitag weitergeträumt. Marx als geschichtlich wegweisender Philosoph, Sozialwissenschaftler und Ökonom, so heißt es in Peking, werde die Orientierungen des Parteitages mitbestimmen.



»Chinas Traum – des Volkes Traum« lautet der Slogan auf dem Plakat mit Xi Jinping, das überall in Peking zu sehen ist.

Das höchste Machtorgan

KP Chinas ist der Welt mitgliederstärkste Partei

Die Kommunistische Partei Chinas wurde 1921 in Shanghai gegründet. Mit rund 90 Millionen Mitgliedern ist sie die mitgliederstärkste Partei der Welt. Als oberster Souverän steht die KPCh über der Verfassung und auch der Justiz.

Generalsekretär ist Xi Jinping. Höchstes Machtorgan der Partei ist der sieben Mitglieder zählende Ständige Ausschuss des insgesamt 25-köpfigen Politbüros. Er legt die Richtlinien der chinesischen Politik auch für die Regierung fest.

Parteikongresse finden nur alle fünf Jahre statt. Dort werden Entscheidungen abgestimmt, die zu meist zuvor schon hinter den Kulissen abgestimmt wurden. Die mehr als 2200 Delegierten wählen das Zentralkomitee. Darin sitzen rund 200 Mitglieder und etwa 160 Kandidaten, die beratend tätig sind.

Auf dem diesjährigen Parteitag sollen Personalentscheidungen im Fokus stehen. Außer Generalsekretär Xi und Ministerpräsident Li Keqiang müssten eigentlich alle anderen fünf Mitglieder des Ständigen Ausschusses aus Altersgründen ausscheiden. Es wird allerdings spekuliert, dass die rechte Hand des Parteichefs, der oberste Korruptionsbekämpfer Wang Qishan, dem Gremium weiter angehört. Ein Verbleib des 69-Jährigen würde formal gegen ungeschriebene Parteiregeln verstoßen, die bisher bei 68 Jahren eine Altersgrenze vorsehen.

Vorgesehen ist, dass es nach dem Parteitag dann im März eine Tagung des Volkskongresses gibt, auf der dann eine Regierungsumbildung möglich ist. *dpa/nd*



In diesem unscheinbaren Haus in Shanghais Altstadt wurde die KP Chinas gegründet

Foto: Roland Etzel

Die Seidenstraße reicht bis nach Brunsbüttel

Auf Kritik an seiner Wirtschaftspolitik reagiert Peking mit neuen Handels- und Infrastrukturvisionen – und stößt damit auf Skepsis

Vier Milliarden Menschen und 65 Länder sollen von dem gigantischen Projekt »Belt and Road« profitieren. Doch die neue Seidenstraße bekommt bereits Konkurrenz.

Von Hermannus Pfeiffer

Xi Jinping hat Visionen, die größte heißt »neue Seidenstraße«. Damit wird der Parteivorsitzende auf dem 19. Nationalkongress der Kommunistischen Partei Chinas versuchen, Misstöne aus der Wirtschaft zu überdecken. Zudem senden die chinesischen Statistikbehörden Erfreuliches über Produktion und Preise. Einige Analysten sprechen bereits wieder von »Überhitzungstendenzen«. Auf den Rechenschaftsbericht zur ökonomischen Lage können sich die politischen Entscheidungsträger »schon

regulrecht freuen«, meint Frederik Kunze von der NordLB.

Andererseits hat die US-Ratingagentur Standard & Poor's Chinas Bonität gerade herabgestuft, weil die Schulden zu hoch seien und ständig wüchsen. Kritik gibt es auch in Europa. In der EU herrscht inzwischen ähnliche Angst vor der vermeintlichen Billigkonkurrenz wie in den USA. Neue Anti-Dumping-Regeln sollen weitere Strafzölle gegen das Schwellenland ermöglichen. Auch für rote Investoren will die EU neue Beschränkungen einführen. Zugleich klagt die Europäische Handelskammer in Shanghai über Benachteiligung ausländischer Unternehmen in 15 wichtigen Branchen.

Solche Kritiker wird Xi mit dem »Entwicklungspotenzial« seiner Visionen zu gewinnen versuchen. Die chi-

nische Initiative »Belt and Road«, die neue Seidenstraße, soll 65 Länder von Asien bis Europa verbinden. »Belt« bezieht sich auf einen Wirtschaftsgürtel entlang der alten Seidenstraße auf dem Landweg, »Road« meint eine neue Seidenstraße über den Seeweg. Der Plan ist »gigantisch«, lobt die HSBC, eine Großbank mit Sitz in London und Wurzeln in Hongkong. 900 Projekte mit einem Investitionsvolumen von 850 Milliarden Dollar stünden in Aussicht. In den beteiligten Staaten leben zwei Drittel der Weltbevölkerung.

Dabei denken Xi und seine Planer strategisch – und agieren lokal bis hinein in die norddeutsche Provinz: Kürzlich besuchte eine hochrangige Delegation aus der Millionenmetropole Guang'an das Industriestädtchen Brunsbüttel an der Mündung der

Elbe. In Anwesenheit des Landrates wurde ein »Memorandum« über die Zusammenarbeit der beiden Regionen unterschrieben.

Nicht überall ist man so erfreut

Das Strategiezentrum der US-Marine beäugt Chinas Vordringen im Indischen Ozean mit Argusaugen.

über die neue Seidenstraße wie in Dithmarschen. Das Strategiezentrum der US-Marine beäugt Chinas maritime Aufrüstung und sein Vordringen im Indischen Ozean infolge des »Road«-Projektes mit Argusaugen.

Die Analysen sind im Internet zugänglich.

Argwöhnisch blickt auch die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung auf Chinas »Balkan-Seidenstraße-Projekt«. In einer Studie warnt das EU-Förderinstitut vor politischer Einflussnahme. Doch in Serbien oder Griechenland zeigen sich die Regierungen erfreut über strategische Investitionen der Chinesen in heimische Infrastrukturprojekte. Ansonsten, beruhigen Athen und Belgrad, bleibe die EU mit weitem Abstand wichtigster Handelspartner.

Es gehe China nur um geopolitische Eigeninteressen und Rohstoffe, so lautet eine häufig geäußerte Kritik an der Seidenstraße. Doch eine Studie des Entwicklungsökonom Axel Dreher von der Universität Heidelberg zeigt jetzt erstmals, dass Chinas

entwicklungspolitisches Engagement in Afrika zu echtem Wirtschaftswachstum vor Ort geführt hat. Untersucht wurden 4300 Projekte. Weltbank-Entwicklungshilfe habe dagegen keinen Wachstumseffekt.

Angesichts eines weltweiten Bedarfs an Infrastrukturinvestitionen von einer Billion Dollar pro Jahr, wie es die Weltbank beziffert, scheinen Ängste vor einer feindlichen Übernahme über die neue Seidenstraße übertrieben. Und während USA und EU noch unter Abwehrreflexen leiden, gehen Indien und Japan in die Offensive. Beide Länder wollen ihrerseits die Idee eines »Asien-Afrika-Wachstumskorridors« umsetzen. 400 Milliarden Dollar sollen in Afrika investiert werden, um Straßen und Häfen zu bauen. Die Visionen von Herrn Xi bekommen Konkurrenz.